

1975	Ausgegeben zu Bonn am 14. Juni 1975	Nr. 65
------	-------------------------------------	--------

Tag	Inhalt	Seite
10. 6. 75	Verordnung über die Ausstellung von Bescheinigungen nach dem Gesetz zu den Internationalen Übereinkommen vom 29. November 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden und vom 18. Dezember 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden (Olhaftungsbescheinigung-Verordnung)	1337
13. 6. 75	Zehnte Verordnung über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz (Anrechnungs-Verordnung 1975/76)	1343

**Verordnung
über die Ausstellung von Bescheinigungen
nach dem Gesetz zu den Internationalen Übereinkommen vom 29. November 1969
über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden
und vom 18. Dezember 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds
zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden
(Olhaftungsbescheinigung-Verordnung)**

Vom 10. Juni 1975

Auf Grund des Artikels 4 Abs. 3 des Gesetzes zu den Internationalen Übereinkommen vom 29. November 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden und vom 18. Dezember 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden vom 18. März 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 301) und des § 36 Abs. 3 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in Verbindung mit dem 2. Abschnitt des Verwaltungskostengesetzes vom 23. Juni 1970 (Bundesgesetzbl. I S. 821) wird im Einvernehmen mit dem Bundesminister der Finanzen verordnet:

§ 1

Begriffsbestimmungen

(1) Im Sinne dieser Verordnung ist

1. Olhaftungsgesetz
das Gesetz zu den Internationalen Übereinkommen vom 29. November 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden und vom 18. Dezember 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden vom 18. März 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 301),
2. Olhaftungsbescheinigung
eine Bescheinigung nach Artikel 4 Abs. 1 des Olhaftungsgesetzes,
3. Sicherheit
eine Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit im Sinne des Artikels 4 Abs. 2 des Olhaftungsgesetzes.

(2) Im übrigen gelten die Begriffsbestimmungen des Artikels I des Internationalen Übereinkommens vom 29. November 1969 über die zivilrechtliche

Haftung für Ölverschmutzungsschäden und des Artikels 1 des Internationalen Übereinkommens vom 18. Dezember 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden.

§ 2

Zuständigkeit

Für die Ausstellung und Einziehung der Olhaftungsbescheinigungen ist die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg zuständig.

§ 3

Voraussetzungen

- (1) Die Ausstellung einer Olhaftungsbescheinigung setzt einen schriftlichen Antrag des Eigentümers voraus. Der Antrag muß enthalten:
1. Name des Schiffes, Unterscheidungssignal und Heimathafen,
 2. Name und Hauptgeschäftssitz des Eigentümers.
- (2) Dem Antrag sind beizufügen:
1. Erklärung des Sicherheitsgebers, daß
 - a) die Sicherheit den Voraussetzungen des Haftungsübereinkommens, im Fall des Artikels 3 Abs. 2 des Olhaftungsgesetzes den dort bezeichneten Voraussetzungen entspricht und
 - b) eine vorzeitige Beendigung oder Änderung, die dazu führt, daß die Sicherheit den Voraussetzungen nicht mehr genügt, Dritten gegenüber erst drei Monate nach Anzeige der Beendigung oder der Änderung an die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg wirksam wird,

2. Nachweis über den Rauminhalt des Schiffes,
3. Angabe eines Zustellungsbevollmächtigten mit ständigem Wohnsitz im Geltungsbereich der Verordnung.

(3) Die Behörde kann von dem Antragsteller die Vorlage weiterer Unterlagen, insbesondere des Versicherungsscheins und der Versicherungsbedingungen, verlangen.

(4) Sind der Antrag und die Unterlagen nach den Absätzen 2 und 3 nicht in deutscher oder englischer Sprache abgefaßt, so ist eine von einem behördlich anerkannten Übersetzer gefertigte Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

§ 4

Ausstellung

(1) Sind die Voraussetzungen des § 3 und des Artikels 4 Abs. 2 des Olhaftungsgesetzes erfüllt, so wird eine Olhaftungsbescheinigung in deutscher Sprache und englischer Übersetzung nach dem Muster der Anlage 1, im Fall des Artikels 3 Abs. 2 des Olhaftungsgesetzes nach dem Muster der Anlage 2 ausgestellt.

(2) Die Geltungsdauer der Olhaftungsbescheinigung darf die der Sicherheit nicht überschreiten. Sie kann auf einen kürzeren Zeitraum befristet werden.

(3) Wird die Olhaftungsbescheinigung für ein Schiff ausgestellt, das in einem Schiffsregister im Geltungsbereich des Olhaftungsgesetzes eingetragen ist, wird eine Durchschrift bei dem zuständigen Registergericht hinterlegt.

(4) Ist eine Olhaftungsbescheinigung unbrauchbar geworden oder wird glaubhaft gemacht, daß sie verloren gegangen ist, wird auf Verlangen eine Ersatzausfertigung ausgestellt. Die unbrauchbar gewordene Olhaftungsbescheinigung ist zurückzugeben.

§ 5

Pflichten des Eigentümers

(1) Der Eigentümer ist verpflichtet, eine vorzeitige Beendigung der Sicherheit sowie eine Änderung, die dazu führt, daß die Sicherheit den Voraussetzungen des Artikels 4 Abs. 2 des Olhaftungsgesetzes nicht mehr genügt, unverzüglich der Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg mitzuteilen.

(2) Der Eigentümer ist verpflichtet, die Olhaftungsbescheinigung nach Ablauf der Geltungsdauer unverzüglich an die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg zurückzugeben.

§ 6

Einziehung

Die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg kann eine Olhaftungsbescheinigung einziehen, wenn

1. deren Geltungsdauer abgelaufen ist,
2. eine Voraussetzung für deren Ausstellung nicht gegeben war oder später wieder entfallen ist,

3. zur Erlangung der Olhaftungsbescheinigung unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht worden sind.

§ 7

Kosten

(1) Für Amtshandlungen auf Grund des Olhaftungsgesetzes sowie auf Grund dieser Verordnung werden Gebühren und Auslagen erhoben.

(2) Die Gebühren betragen

1. für die Ausstellung einer Olhaftungsbescheinigung 100,— DM bis 1 000,— DM,
2. für die Ersatzausstellung einer Olhaftungsbescheinigung 50,— DM,
3. für die Einziehung einer Olhaftungsbescheinigung 100,— DM,
4. für die Untersagung der Beförderung oder des Umschlages von Öl 50,— DM bis 200,— DM,
5. für die Einziehung des Schiffssicherheitszeugnisses durch die See-Berufsgenossenschaft 50,— DM bis 200,— DM.

(3) Die Erstattung von Auslagen erfolgt nach § 10 des Verwaltungskostengesetzes.

§ 8

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig im Sinne des Artikels 13 Abs. 1 Nr. 2 des Olhaftungsgesetzes handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen § 5 Abs. 1 den Fortfall einer Voraussetzung für die Ausstellung der Olhaftungsbescheinigung nicht oder nicht rechtzeitig mitteilt.

(2) Die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 sowie nach Artikel 13 Abs. 1 Nr. 1 und 3 des Olhaftungsgesetzes wird auf die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg übertragen.

§ 9

Berlin-Klausel

Diese Verordnung gilt nach § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit Artikel 14 des Olhaftungsgesetzes und § 111 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten auch im Land Berlin.

§ 10

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Bonn, den 10. Juni 1975

Der Bundesminister für Verkehr
K. Gscheidle

Anlage 1 zu § 4 Abs. 1 der
Olhaftungsbescheinigung-Verordnung

Bundesrepublik Deutschland

Wasser- und Schifffahrtswirektion Hamburg

Federal Republic of Germany

Wasser- und Schifffahrtswirektion Hamburg



**Bescheinigung
über die Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit
für die zivilrechtliche Haftung für Olverschmutzungsschäden
(Olhaftungsbescheinigung)**

**Certificate
of Insurance or other Financial Security
in Respect of Civil Liability for Oil Pollution Damage
(Oil Liability Certificate)**

Ausgestellt nach Artikel VII des Internationalen Ubereinkommens von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Olverschmutzungsschäden in Verbindung mit Artikel 4 Abs. 1 des Gesetzes zu den Internationalen Ubereinkommen vom 29. November 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Olverschmutzungsschäden und vom 18. Dezember 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Olverschmutzungsschäden vom 18. März 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 301) und § 4 Abs. 1 der Olhaftungsbescheinigung-Verordnung vom 10. Juni 1975 (Bundesgesetzblatt I S. 1337).

Issued in accordance with the provisions of Article VII of the International Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage, 1969, in conjunction with Article 4 section 1 of the "Gesetz zu den Internationalen Ubereinkommen vom 29. November 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Olverschmutzungsschäden und vom 18. Dezember 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung von Olverschmutzungsschäden" of 18 March 1975 (Bundesgesetzbl. II page 301) and § 4 section 1 of the Olhaftungsbescheinigung-Verordnung of 10 June 1975 (Bundesgesetzbl. I page 1337).

Name des Schiffes	Unterscheidungssignal	Heimathafen	Name und Anschrift des Eigentümers
Name of Ship	Distinctive Number or Letters	Port of Registry	Name and Address of Owner

Hiermit wird bescheinigt, daß für das vorgenannte Schiff eine Versicherungspolice oder sonstige finanzielle Sicherheit nach Maßgabe des Artikels VII des Internationalen Übereinkommens von 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden besteht.

This is to certify that there is in force in respect of the above-named ship a policy of insurance or other financial security satisfying the requirements of Article VII of the International Convention on Civil Liability for Oil Pollution Damage, 1969.

Art. der Sicherheit
Type of Security

Geltungsdauer der Sicherheit
Duration of Security

Name und Anschrift des (der) Versicherers (Versicherer) und/oder Sicherheitsgebers (Sicherheitsgeber)

Name and Address of the Insurer(s) and/or Guarantor(s)

Name
Name

Anschrift
Address

Diese Bescheinigung gilt bis
This certificate is valid until

Ausgestellt von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland,
Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg

Issued by the Government of the Federal Republic of Germany,
Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg

in Hamburg
at

am
on Datum/Date

.....
(Unterschrift und Amtsbezeichnung des ausstellenden Bediensteten)
(Name and Title of issuing official)

Anlage 2 zu § 4 Abs. 1 der
Olhaftungsbescheinigung-Verordnung

Bundesrepublik Deutschland

Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg

Federal Republic of Germany

Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg



**Bescheinigung
über die Versicherung oder sonstige finanzielle Sicherheit
für eine nach den internationalen Übereinkommen vom 10. Oktober 1957
beschränkte zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden**

**Certificate
of Insurance or other Financial Security
in Respect of Civil Liability for Oil Pollution Damage
Limited According to the International Convention of 10 October 1957**

Ausgestellt nach Artikel 4 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 3 Abs. 2 des Gesetzes zu den Internationalen Übereinkommen vom 29. November 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden und vom 18. Dezember 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden vom 18. März 1975 (Bundesgesetzbl. II S. 301) und § 4 Abs. 1 der Olhaftungsbescheinigung-Verordnung vom 10. Juni 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 1337).

Issued in accordance with the provisions of Article 4 section 1 in conjunction with Article 3 section 2 of the "Gesetz zu den Internationalen Übereinkommen vom 29. November 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden und vom 18. Dezember 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden" of 18 March 1975 (Bundesgesetzbl. II page 301) and § 4 section 1 of the Olhaftungsbescheinigung-Verordnung of 10 June 1975 (Bundesgesetzbl. I page 1337).

Name des Schiffes	Unterscheidungssignal	Heimathafen	Name und Anschrift des Eigentümers
Name of Ship	Distinctive Number or Letters	Port of Registry	Name and Address of Owner

Hiermit wird bescheinigt, daß für das vorgenannte Schiff eine Versicherungspolice oder sonstige finanzielle Sicherheit nach Maßgabe des Artikels 3 Abs. 2 des Gesetzes zu den Internationalen Übereinkommen vom 29. November 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden und vom 18. Dezember 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden besteht.

This is to certify that there is in force in respect of the above-named ship a policy of insurance or other financial security satisfying the requirements of Article 3 section 2 of the "Gesetz zu den Internationalen Übereinkommen vom 29. November 1969 über die zivilrechtliche Haftung für Ölverschmutzungsschäden und vom 18. Dezember 1971 über die Errichtung eines Internationalen Fonds zur Entschädigung für Ölverschmutzungsschäden."

Art der Sicherheit
 Type of Security

Geltungsdauer der Sicherheit
 Duration of Security

Name und Anschrift des (der) Versicherers (Versicherer) und/oder Sicherheitsgebers (Sicherheitsgeber)
 Name and Address of the Insurer(s) and/or Guarantor(s)

Name
 Name

Anschrift
 Address

Diese Bescheinigung gilt bis
 This certificate is valid until

Ausgestellt von der Regierung der Bundesrepublik Deutschland,
 Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg

Issued by the Government of the Federal Republic of Germany,
 Wasser- und Schifffahrtsdirektion Hamburg

in Hamburg
 at

am
 on Datum/Date

.....
 (Unterschrift und Amtsbezeichnung des ausstellenden Bediensteten)
 (Name and Title of issuing official)

**Zehnte Verordnung
über das anzurechnende Einkommen nach dem Bundesversorgungsgesetz
(Anrechnungs-Verordnung 1975/76)**

Vom 13. Juni 1975

Auf Grund des § 33 Abs. 6, des § 33 a Abs. 1 Satz 3, des § 33 b Abs. 5 Satz 3, des § 41 Abs. 3, des § 47 Abs. 2 und des § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Januar 1967 (Bundesgesetzbl. I S. 141, 180), zuletzt geändert durch das Siebente Gesetz über die Anpassung der Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes vom 9. Juni 1975 (Bundesgesetzbl. I S. 1321), wird mit Zustimmung des Bundesrates verordnet:

§ 1

Das anzurechnende Einkommen zur Feststellung der Ausgleichsrenten, der Ehegatten- und Kinderzuschläge sowie der Elternrenten (§ 33 Abs. 1, § 41 Abs. 3, § 47 Abs. 2, § 33 a Abs. 1 Satz 3, § 33 b Abs. 5 und § 51 Abs. 4 des Bundesversorgungsgesetzes) ergibt sich aus der dieser Verordnung als Anlage beigegebenen Tabelle. In der Tabelle sind auch die nach Anrechnung des Einkommens zustehenden Beträge an Ausgleichsrente und Elternrente angegeben, die zustehende Elternrente jedoch nur insoweit, als kein Anspruch auf Erhöhungsbeträge nach § 51 Abs. 2 oder 3 des Bundesversorgungsgesetzes besteht. Besteht Anspruch auf mindestens einen Erhöhungsbetrag, so ist die zustehende Elternrente, ausgehend vom Gesamtbetrag der vollen Elternrente einschließlich des Erhöhungsbetrages, durch Abziehen des in der Tabelle angegebenen anzurechnenden Einkommens zu ermitteln.

§ 2

(1) Das Bruttoeinkommen ist vor Anwendung der Tabelle auf volle Deutsche Mark nach unten abzurunden.

(2) Treffen Einkünfte aus beiden Einkommensgruppen im Sinne des § 33 Abs. 1 Buchstabe a des Bundesversorgungsgesetzes zusammen, so ist die Stufenzahl getrennt für jede Einkommensgruppe zu ermitteln; die Zusammenzählung beider Werte ergibt die für die Feststellung maßgebende Stufenzahl.

§ 3

(1) Zur Feststellung des Ehegattenzuschlags oder von Kinderzuschlägen ist von der Stufenzahl, die für das tatsächliche Bruttoeinkommen angegeben ist, die Stufenzahl, von der an die entsprechende

Ausgleichsrente nicht mehr zusteht, abzuziehen; das Ergebnis ist die zur Feststellung maßgebende Stufenzahl.

(2) Trifft ein Ehegattenzuschlag mit mindestens einem Kinderzuschlag zusammen, so ist zur Feststellung des Kinderzuschlags von dem nach Absatz 1 ermittelten anzurechnenden Einkommen ein Betrag in Höhe des Ehegattenzuschlags abzuziehen; das Ergebnis ist das anzurechnende Einkommen im Sinne des § 33 b Abs. 5 Satz 3 des Bundesversorgungsgesetzes.

§ 4

Soweit die Tabelle in einzelnen Versorgungsfällen nicht ausreicht, sind die Werte für jede weitere Stufenzahl wie folgt zu ermitteln:

- a) Zur Ermittlung des Bruttoeinkommens, bis zu dem die zu bildenden Stufen reichen, ist ausgehend von den Werten der Stufe 100 bei Einkünften aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit ein Betrag in Höhe von 12,55 Deutsche Mark und bei den übrigen Einkünften ein Betrag in Höhe von 7,99 Deutsche Mark je Stufe hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Deutsche Mark nach unten abzurunden.
- b) Zur Ermittlung des jeder Stufe zugeordneten Betrages des anzurechnenden Einkommens ist ausgehend von dem Wert bei Stufe 100 je Stufe ein Betrag in Höhe von 5,29 Deutsche Mark hinzuzuzählen und das Ergebnis jeweils auf volle Deutsche Mark nach unten abzurunden.

§ 5

Diese Verordnung gilt zur Feststellung der in § 1 genannten Leistungen, soweit die Ansprüche in der Zeit vom 1. Juli 1975 bis 30. Juni 1976 bestehen.

§ 6

Diese Verordnung gilt nach Maßgabe des § 14 des Dritten Überleitungsgesetzes vom 4. Januar 1952 (Bundesgesetzbl. I S. 1) in Verbindung mit § 92 des Bundesversorgungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 7

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1975 in Kraft.

Bonn, den 13. Juni 1975

Der Bundesminister
für Arbeit und Sozialordnung
Walter Arendt

Anlage zu § 1

Tabelle
über das anzurechnende Einkommen und die zustehende Ausgleichs- und Elternrente

Gültig für die Zeit vom 1. Juli 1975 bis 30. Juni 1976

Einkünfte (brutto)		Stufenzahl	Anzurechnendes Einkommen DM	Ausgleichsrenten									Elternrenten	
aus gegenwärtiger Erwerbstätigkeit bis zu DM	übrige Einkünfte bis zu DM			Beschädigte mit einer MdE um					Witwen	Vollwaisen	Halbwaisen	Elternpaar	Elternanteil	
				100 v. H.	90 v. H.	80 v. H.	70 v. H.	60, 50 v. H.						DM
276	120	0	0	529	470	392	323	234	317	218	157	392	266	
288	127	1	5	524	465	387	318	229	312	213	152	387	261	
301	135	2	10	519	460	382	313	224	307	208	147	382	256	
313	143	3	15	514	455	377	308	219	302	203	142	377	251	
326	151	4	21	508	449	371	302	213	296	197	136	371	245	
338	159	5	26	503	444	366	297	208	291	192	131	366	240	
351	167	6	31	498	439	361	292	203	286	187	126	361	235	
363	175	7	37	492	433	355	286	197	280	181	120	355	229	
376	183	8	42	487	428	350	281	192	275	176	115	350	224	
388	191	9	47	482	423	345	276	187	270	171	110	345	219	
401	199	10	52	477	418	340	271	182	265	166	105	340	214	
414	207	11	58	471	412	334	265	176	259	160	99	334	208	
426	215	12	63	466	407	329	260	171	254	155	94	329	203	
439	223	13	68	461	402	324	255	166	249	150	89	324	198	
451	231	14	74	455	396	318	249	160	243	144	83	318	192	
464	239	15	79	450	391	313	244	155	238	139	78	313	187	
476	247	16	84	445	386	308	239	150	233	134	73	308	182	
489	255	17	89	440	381	303	234	145	228	129	68	303	177	
501	263	18	95	434	375	297	228	139	222	123	62	297	171	
514	271	19	100	429	370	292	223	134	217	118	57	292	166	
527	279	20	105	424	365	287	218	129	212	113	52	287	161	
539	287	21	111	418	359	281	212	123	206	107	46	281	155	
552	295	22	116	413	354	276	207	118	201	102	41	276	150	
564	303	23	121	408	349	271	202	113	196	97	36	271	145	
577	311	24	126	403	344	266	197	108	191	92	31	266	140	
589	319	25	132	397	338	260	191	102	185	86	25	260	134	
602	327	26	137	392	333	255	186	97	180	81	20	255	129	
614	335	27	142	387	328	250	181	92	175	76	15	250	124	
627	343	28	148	381	322	244	175	86	169	70	9	244	118	
639	351	29	153	376	317	239	170	81	164	65	4	239	113	
652	359	30	158	371	312	234	165	76	159	60	0	234	108	
665	367	31	163	366	307	229	160	71	154	55		229	103	
677	375	32	169	360	301	223	154	65	148	49		223	97	
690	383	33	174	355	296	218	149	60	143	44		218	92	
702	391	34	179	350	291	213	144	55	138	39		213	87	
715	399	35	185	344	285	207	138	49	132	33		207	81	
727	407	36	190	339	280	202	133	44	127	28		202	76	
740	415	37	195	334	275	197	128	39	122	23		197	71	
752	423	38	201	328	269	191	122	33	116	17		191	65	
765	431	39	206	323	264	186	117	28	111	12		186	60	
778	439	40	211	318	259	181	112	23	106	7		181	55	
790	447	41	216	313	254	176	107	18	101	2		176	50	
803	455	42	222	307	248	170	101	12	95	0		170	44	
815	463	43	227	302	243	165	96	7	90			165	39	
828	471	44	232	297	238	160	91	2	85			160	34	
840	479	45	238	291	232	154	85	0	79			154	28	
853	487	46	243	286	227	149	80		74			149	23	
865	495	47	248	281	222	144	75		69			144	18	
878	503	48	253	276	217	139	70		64			139	13	

Fundstellennachweis A

Bundesrecht

ohne völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1974 – 296 Seiten DIN A 4

Herausgegeben vom Bundesminister der Justiz

Der Fundstellennachweis A 1974 enthält (von völkerrechtlichen Vereinbarungen und Verträgen mit der DDR abgesehen) die Fundstellen der nach dem 31. Dezember 1963 im Bundesgesetzblatt Teil I und II sowie im Bundesanzeiger verkündeten und noch geltenden Vorschriften und der im Bundesgesetzblatt Teil III aufgeführten und noch geltenden Vorschriften mit den inzwischen eingetretenen Änderungen.

Einzelstücke können zum Preise von je DM 15,— zuzüglich je DM 1,40 Porto und Verpackungsspesen gegen Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 3 99-509 bezogen werden.

Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.

Fundstellennachweis B

Völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR

Abgeschlossen am 31. Dezember 1974 – Format DIN A 4 – Umfang 424 Seiten

Der Fundstellennachweis B enthält die von der Bundesrepublik Deutschland und ihren Rechtsvorgängern abgeschlossenen völkerrechtlichen Vereinbarungen sowie die Verträge mit der DDR, die im Bundesgesetzblatt, Bundesanzeiger und deren Vorgängern veröffentlicht wurden und die – soweit ersichtlich – noch in Kraft sind oder sonst noch praktische Bedeutung haben können.

Einzelstücke können zum Preise von je DM 15,— zuzüglich je DM 1,40 Porto und Verpackungsspesen gegen Voreinsendung des Betrages auf Postscheckkonto „Bundesgesetzblatt“ Köln 3 99-509 bezogen werden.

Im Bezugspreis ist Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.

Herausgeber: Der Bundesminister der Justiz

Verlag: Bundesanzeiger Verlagsges.m.b.H. — Druck: Bundesdruckerei Bonn

Im Bundesgesetzblatt Teil I werden Gesetze, Verordnungen, Anordnungen und damit im Zusammenhang stehende Bekanntmachungen veröffentlicht. Im Bundesgesetzblatt Teil II werden völkerrechtliche Vereinbarungen, Verträge mit der DDR und die dazu gehörenden Rechtsvorschriften und Bekanntmachungen sowie Zolltarifverordnungen veröffentlicht.

Bezugsbedingungen: Laufender Bezug nur im Postabonnement. Abbestellungen müssen bis spätestens 30. 4. bzw. 31. 10. jeden Jahres beim Verlag vorliegen. Postanschrift für Abonnementsbestellungen sowie Bestellungen bereits erschienener Ausgaben: Bundesgesetzblatt 53 Bonn 1, Postfach 6 24, Tel. (0 22 21) 23 80 67 bis 69.

Bezugspreis: Für Teil I und Teil II halbjährlich je 40,— DM. Einzelstücke je angefangene 16 Seiten 1,10 DM zuzüglich Versandkosten. Dieser Preis gilt auch für Bundesgesetzblätter, die vor dem 1. Januar 1975 ausgegeben worden sind. Lieferung gegen Voreinsendung des Betrages auf das Postscheckkonto Bundesgesetzblatt Köln 3 99-509 oder gegen Vorausrechnung.

Preis dieser Ausgabe: 1,50 DM (1,10 DM zuzüglich —,40 DM Versandkosten), bei Lieferung gegen Vorausrechnung 1,90 DM. Im Bezugspreis ist die Mehrwertsteuer enthalten; der angewandte Steuersatz beträgt 5,5 %.